



ÖDP Würzburg – Stadt und Landkreis

www.oedp-wuerzburg.de

✉ thomas.lang@oedp.de

☎ 0151 / 59 85 13 41

Würzburg, im Februar 2026

Thesen zur finanziellen Lage der Kommunen und zur Problemlösung

**von Raimund Binder, Matthias Henneberger, Dr. Hans von Besser,
Roland Lein, Christiane Kerner**

1) Den Kommunen, auch uns in Würzburg, ist es kaum noch möglich, genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen. Gestaltungsspielräume bei Pflichtaufgaben und insbesondere bei freiwilligen Leistungen gehen gegen Null bzw. werden sehr schwierig. Dies gefährdet die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger und die Zustimmung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Es sei darauf hingewiesen, dass die kommunale Selbstverwaltung mit ihren Aufgaben im Grundgesetz durch Art. 28 GG und Art. 11 BV geschützt ist. Der Artikel 11.4 der BV weist ausdrücklich darauf hin, dass die Selbstverwaltung der Gemeinden dem „Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben“ dient. Die Finanzausstattung der Gemeinden ist deshalb keine Nebensache.

2) Die Kostensteigerungen bei der Jugendhilfe und bei der Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Grundversorgung sind von den Kommunen nicht beeinflussbar. Sie sind die Folge von bundes- und landespolitischen Entscheidungen, denen die Kommunen nicht ausweichen können.

Neue Verpflichtungen, wie z.B. das Recht auf Ganztagsbetreuung von früher Kindheit an bis in die Schulzeit hinein, belasten die Kommunen nicht nur finanziell: Den verantwortlichen Personen wird die kaum lösbare Aufgabe zugemutet, auf einem leergefegten Fachkräfte-Arbeitsmarkt genügend Erzieherinnen und Erzieher zu finden. Die Qualität in den Kitas darf bekanntlich nicht auf die leichte Schulter genommen werden, weil hier Grundlagen für die Stabilität des künftigen Gemeinwesens gelegt werden.

3) Problemlösend wird nur eine deutliche Erhöhung der Anteile der Kommunen am allgemeinen Steueraufkommen (Mehrwertsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer) sein.

So wichtig die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen auch ist, die nötigen Lösungen sollten keinesfalls durch weitere Verschuldung, durch ein sogenanntes "Sondervermögen" von Bund und Ländern erfolgen.

Deshalb muss jetzt das Thema „Steuer- und Abgabengerechtigkeit“ auf die Tagesordnung der Politik gesetzt werden. Es liegen vielfältige Vorschläge unterschiedlicher wissenschaftlicher Institute und von Fachleuten vor, die alle die stärkere Heranziehung sehr hoher Vermögen und Einkommen für die Finanzierung des Gemeinwohls fordern.

4) Das trickreiche Vermeiden von Sozialabgaben bei Leistungserbringern im öffentlichen Bereich (z.B. in der Erwachsenenbildung) durch Minijobs und fragwürdige Selbständigkeiten oder „Ehrenamtslösungen“ scheidet aufgrund der Vorbildfunktion kommunaler Körperschaften als Einsparungsversuch aus. Auch die Ausdünnung freiwilliger Leistungen kann angesichts der dort anfallenden geringen Summen nicht als problemlösend eingestuft werden.

5) Die Kommunen können und müssen Wege der interkommunalen Zusammenarbeit suchen, um auf diesem Weg effizienter und kostensparend arbeiten zu können. Die Verwaltungen sind aufgerufen, solche Wege vorzuschlagen und den politischen Gremien zur Realisierung zu empfehlen.

6) Immer wieder zeigen Betriebsverlagerungen innerhalb der Region in aller Deutlichkeit wie schädlich das heutige Gewerbesteuersystem wirkt: Die Kommunen werden durch diese Steuer zum einen in Konkurrenz gegeneinander getrieben, zum anderen aber entsteht ein ständiger Zwang, neue Gewerbegebiete auszuweisen. Es werden immer wieder neue Flächen den natürlichen Kreisläufen entzogen, um sie als „erschlossene“ und versiegelte Flächen anbieten zu können. Nur wer diese kostenträchtigen Vorleistungen erbringt, hat vielleicht eine Chance in der Ansiedlung der besten Betriebe.

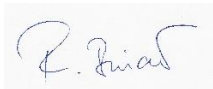
Kleine Gemeinden ohne teure Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Theater, Schwimmbäder, weiterführende Schulen und sozialen Wohnungsbau etc. können zum Schaden der naheliegenden Städte günstigere Hebesätze bei der Gewerbesteuer anbieten. Eine Firma, die das nicht nützen würde, wäre dumm. Der Fehler liegt aber nicht bei der Firma, sondern beim Gewerbesteuersystem! Wir alle und vor allem unsere Nachkommen haben den Schaden, wenn die fruchtbarsten und schönsten Teile der Heimat als Gewerbegebiete asphaltiert und betonierte „zur Vermarktung“ stehen.

Die Gewerbesteuer sollte künftig an den Landkreis, an den Bezirk oder gleich ans Land bezahlt und dann nach Einwohnerzahl an alle Gemeinden ausgeschüttet werden. So verschwindet die schädliche

Konkurrenz unter den Kommunen und es kommt endlich zu einer gerechteren Verteilung der Mittel.

Alternativ könnte die Gewerbesteuer aber auch ganz abgeschafft werden und in einer entsprechenden Erhöhung der Einkommensteuer/Körperschaftssteuer der Unternehmen aufgehen. Wie oben schon erwähnt muss dann den Kommunen ein erheblich höherer Anteil der Einkommensteuer (womöglich mit einem Gestaltungsrecht) zustehen.

Würzburg im Februar 2026



R. Binder
ÖDP Fraktion
ÖDP Kreisverband Würzburg

gez.

M. Henneberger
3. Bürgermeister Randersacker
Kreisrat
Spitzenkandidat Aktive Bürgerschaft/ödp